

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

29. Sitzung

30. Juni 2008

Beginn: 12.05 Uhr
Ende: 14.38 Uhr
Vorsitz: Alice Ströver (Grüne)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll Seite 1 und Seite 2.

Punkt 2 der Tagesordnung – vorgezogen –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
"Perspektive Schloss Schönhausen"
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0145](#)

Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh (Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten) erklärt, die vorangegangene Führung durch das Schloss Schönhausen habe sicherlich deutlich gemacht, dass hiermit im Nordosten Berlins ein neues und attraktives kulturelles Angebot entstehe. Mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik habe man dabei einen interessanten Partner. Die Inbetriebnahme des Hauses erfolge im Jahr 2009.

Hinsichtlich des erforderlichen Personals und der Finanzmittel sei man mit dem Land Berlin sowie dem Bund und dem Land Brandenburg in Gesprächen. Von besonderer Bedeutung seien die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2010; hierfür habe man bereits positive Signale erhalten. Gerade im Hinblick auf den Garten des Schlosses Schönhausen, der auch künftig öffentlich zugänglich sein solle – ohne Eintritt und mit Fahrradfahrerlaubnis auf den Hauptstrecken –, benötige man einen Zuschuss, obwohl man sich selbstverständlich bemühe, möglichst viele Einnahmen durch Vermietungen und eine hohe Besucherzahl im Schloss zu erzielen.

Christoph Meyer (FDP) fragt, wie hoch dieser Zuschuss in etwa ausfallen müsse. – Während der Führung habe Prof. Dr. Dorgerloh erwähnt, dass mit den jetzt freigegebenen Mitteln für die Baumaßnahme nicht alle Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Wie viele Mittel seien für die restlichen Maßnahmen erforderlich?

Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh (Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten) weist darauf hin, dass für das Projekt keine originären Landesmittel verwandt würden. Das Land Berlin setze z. B. EFRE-

Mittel oder Mittel aus dem Mauerfonds ein, und durch die unterschiedlichen Förderkonditionen sei gelegentlich eine „gewisse Akrobatik“ erforderlich, um die Mittel angemessen einzusetzen. Am Ende werde wohl noch ein Betrag von 1 Mio €– plus oder minus 30 Prozent – erforderlich sein. Diese Maßnahmen werde man dann aus dem laufenden Stiftungsetat und auch unter Einwerbung weiterer Spenden- bzw. Drittmittel finanzieren. Für diese Maßnahmen bestehe auch kein besonderer Zeitdruck.

Für den Betrieb des Hauses habe man Betriebskosten in Höhe von ca. 850 000 € pro Jahr veranschlagt. Ein Teil davon werde durch eigene Einnahmen erwirtschaftet, und über den Fehlbetrag werde man sich verständigen.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) hebt hervor, dass das Land Berlin Lotto-Mittel bereitgestellt habe. Auch die EFRE-Mittel in Höhe von 3,5 Mio € habe die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg nur erhalten, weil die Klassenlotterie Berlin 3 Mio € zur Verfügung gestellt habe. Insofern sei das Land Berlin mit fast 6,5 Mio € an der Finanzierung beteiligt. – Insbesondere bedanke er sich bei der Cornelsen-Stiftung, deren Engagement für dieses Haus wie eine Initialzündung gewirkt habe. – Die Nachfrage von **Oliver Schruoffeneger** (Grüne), ob es sich bei den betreffenden Mitteln um Tourismusmittel handle, bejaht er.

Vorsitzende Alice Ströver dankt Prof. Dr. Dorgerloh für die Führung und die informativen Ergänzungen. – [Allgemeiner Beifall] – Der Tagesordnungspunkt sei erledigt.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. „Wie geht es weiter mit der Tribüne und dem Puppentheater ‚Hans Wurst Nachfahren‘? – Wie sieht sich der Senat in der Verpflichtung?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Michael Braun** (CDU), dass sich der Senat in der Verpflichtung sehe, dem Votum der Fachjury zu folgen. Das Votum zur Tribüne habe eine gewisse Vorgeschichte; mittlerweile habe die dritte Jury innerhalb der letzten zehn Jahre den Senat gebeten, die Förderung für dieses Theater einzustellen. Die Fachjury habe vielerlei Gründe angeführt; u. a. sei die Auslastung nach wie vor sehr niedrig und keine Perspektive für die Zukunft erkennbar. Seines Erachtens sollte man diesem Theater auch nicht zumuten, sich in den nächsten zwei Jahren einer weiteren Evaluierung auszusetzen.

Hinsichtlich des Puppentheaters „Hans Wurst Nachfahren“ habe die Fachjury festgestellt, dass sie es für förderungswürdig halte, aber empfohlen, die Höhe der Förderung recht drastisch einzuschränken. Dieses Puppentheater leiste einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Bildung und werde von vielen Schulklassen besucht; die Auslastungszahlen seien gut. Allerdings sei das Risiko, dass dieses Theater bei einer Absenkung der Zuschüsse schließen müsse, nach Auffassung der Senatsverwaltung groß. Damit weiche man in diesem Ausnahmefall von der Auffassung der Fachjury ab und werde es bei der bisherigen Förderung belassen.

Michael Braun (CDU) verweist darauf, dass das Jüdische Theater einen Antrag gestellt habe, über den nicht befunden worden sei. Könne die Kulturverwaltung hierzu Näheres mitteilen?

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) teilt mit, dafür sei keine Empfehlung abgegeben worden. Wie bereits anfangs ausgeführt, folge man grundsätzlich dem Votum der Fachjury.

Michael Braun (CDU) erklärt, dass er das Juryverfahren insgesamt für fragwürdig halte, weil es dem Senat dazu diene, sich hinter den Entscheidungen der Jury zu verstecken. – Die Entscheidung des Senats zum Puppentheater „Hans Wurst Nachfahren“ begrüße er allerdings. Wie gehe es nun weiter mit dem Standort des Theaters „Tribüne“? Nehme der Senat billigend in Kauf, dass dieser traditionelle Theaterstandort verschwinde?

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) betont, dass es bedauerlich wäre, wenn dieser Theaterstandort aufgegeben werden müsste. Allerdings sei das Land Berlin nicht Eigentümer dieses Standorts. Die Flächen gehörten einem privaten Vermieter, sodass die Einflussmöglichkeiten des Senats als gering anzusehen seien.

2. „**Hält der Regierende Bürgermeister die Praxis des Deutschen Technikmuseums Berlin, qualifizierte BesucherbetreuerInnen durch Leiharbeiter einer Sicherheitsfirma zu ersetzen, für zukunftsähnliche Personalpolitik eines öffentlich geförderten Kulturbetriebs und wenn nicht, welche Schritte hat er in der Stiftungsratssitzung des Deutschen Technikmuseums am 19. Juni 2008 gegen diese Praxis eingeleitet?**“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Alice Ströver** (Grüne), dass er sich vor der betreffenden Aufsichtsratssitzung mit dem Betriebsrat der studentischen Mitarbeiter und Vertretern von Verdi getroffen habe. Man habe dann am 27. 5. 08 einen Kompromiss hinsichtlich der Kettenarbeitsverträge finden können. Die studentischen Mitarbeiter, die länger als zwei Jahre bei der GmbH beschäftigt gewesen seien, erhielten unbefristete Verträge. Alle Neueinstellungen würden grundsätzlich von vornherein auf zwei Jahre begrenzt und alle noch laufenden Verfahren vor den Arbeitsgerichten eingestellt. – Damit habe man eine gute Lösung gefunden, denn die 2003 eingeführte Besucherbetreuung durch Studenten sei im Grunde sehr erfolgreich und vorbildhaft für andere Museen.

Vorsitzende Alice Ströver fragt, ob demnach die neueingestellten Mitarbeiter nicht von der Firma Securitas zu einem Stundensatz von 5,50 € beschäftigt würden.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) bestätigt dies. Die Beschäftigung der Securityleute von der Firma Securitas laufe Ende August aus. Sie hätten noch bestimmte Sicherheitsaufgaben zu erfüllen, die man in der Kürze der Zeit nicht umstellen könne. Die neueingestellten Kräfte erhielten einen Stundensatz von 7,80 €

3. „**Wird die kulturelle Nutzung für Schloss Friedrichsfelde sichergestellt?**“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Wolfgang Brauer** (Linksfraktion), dass die kulturelle Nutzung eine klar formulierte Voraussetzung für den Eigentumsübergang sei. Das habe der Senat so formuliert und das Abghs in der Sitzung am 26. 6. 08 so beschlossen. Allerdings habe auch er am Wochenende Informationen erhalten, wonach die Leitung des Tierparks nicht daran denke, der Auflage einer kulturellen Nutzung zu entsprechen. Er könne sich zwar nicht vorstellen, dass sich der Direktor des Zoos einem ausdrücklichen Willen des Senats und des Abghs widersetze, aber es scheine so zu sein. Allerdings habe sich der Aufsichtsrat des Tierparks noch mit dieser Frage zu befassen.

Er habe für die kulturelle Nutzung im Erdgeschoss und in der 1. Etage sehr gekämpft und gehe davon aus, dass diese Vorgabe eingehalten werde. Ansonsten müsse man über eine Rückabwicklung des Grundstücks geschäfts nachdenken. Zunächst werde man die Sitzung des Aufsichtsrats abwarten. Er appelliere an den Zoo, diese Vorgabe des Landes Berlin einzuhalten.

Wolfgang Brauer (Linksfraktion) fragt, ob er davon ausgehen könne, dass die Kulturverwaltung den Ausschuss in dieser Frage über den jeweils aktuellen Stand informieren werde.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) bejaht dies.

Vorsitzende Alice Ströver stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und der Tagesordnungspunkt erledigt sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP [0063](#)
Verkaufserlös der GSG sinnvoll investieren (II):
Die Staatsoper wieder spielfähig machen
Drs 16/0496
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0085](#)
Baumaßnahmen Staatsoper
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0138](#)
Wettbewerbsverfahren Staatsopersanierung
(auf Antrag aller Fraktionen)
- d) Antrag der Fraktion der CDU [0140](#)
Gegen die Zerstörung des Zuschauerraumes der Staatsoper Unter den Linden
Drs 16/1497
- e) Antrag der Fraktion der FDP [0141](#)
Staatsoper Unter den Linden in neuem Glanz
Drs 16/1527
- f) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0147](#)
Staatsopernsaal funktionsgerecht sanieren!
Drs 16/1569

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Bericht RBm-Skzl-Kult V B Ra – vom 3.6.08 [0142](#)
Stiftung Oper in Berlin – überarbeiteter Wirtschaftsplan 2008/2009
(Kapitel 0310/Titel 682 39)
Haupt 0980 B
- b) Bericht RBm-Skzl-Kult – V B Ra – vom 4.3.08 [0129](#)
Stiftung Oper in Berlin
Leistungen, Erträge, Aufwendungen - 2. Halbjahr 2007
(Kapitel 0310/Titel 682 39)
Haupt 0389 A [0138](#)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 Abghs GO [0040](#)
Profile der drei Opernhäuser – vorhanden oder wünschenswert
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- d) Antrag der Fraktion der FDP [0017](#)
Schluss mit selbstgestrickten Zahlen – Professionelle
Wirtschaftsprüfung als Entscheidungsgrundlage
für die Zukunft der Opern
Drs 16/0093
- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0074](#)
Berliner Opernhäuser zukunftsfähig weiter entwickeln
Drs 16/0663

Vorsitzende Alice Ströver weist darauf hin, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch die Auswertung der Anhörung vom 14. 4. 08 – 24. Sitzung des Kulturausschusses – erfolge.

Oliver Schruoffeneger (Grüne) kritisiert, dass die Bereitstellung von zusätzlichen 20 Mio € nicht zu einer höheren Anzahl von Aufführungen oder Premieren führe. Hierzu bitte er um eine Erläuterung. Inwiefern sei hierbei künftig eine Änderung zu erwarten?

Im Wirtschaftsplan der Staatsoper – Seite 32 der Vorlage Haupt 0980 B – werde hinsichtlich der Gemeinkosten festgestellt, dass die erhofften Einspareffekte durch die Zentralisierung der Bereiche geringer als erwartet ausfielen. Das sei nicht nachzuvollziehen. Warum sei das bei den anderen Opernhäusern nicht der Fall? Warum fänden sich auf der Einnahmeseite der zentralen Bereiche keine entsprechenden Änderungen?

Zum Stellenplan der Staatsoper: Aufgrund der zusätzlichen Mittel sei ein deutlicher Personalzuwachs zu verzeichnen – allerdings im Wesentlichen nicht beim künstlerischen Personal, sondern im Leitungsbereich – Stichwort: Stabsstellen. Er bitte um eine Erläuterung zu dieser Schwerpunktsetzung.

Nach der Darstellung im Wirtschaftsplan der Staatsoper – Seite 28 der Vorlage Haupt 0980 B – steige der Personalaufwand im Bereich des planmäßigen Personals deutlich an – um ca. 1,5 Mio € –, während es gleichzeitig im Bereich des planmäßigen kulturfachlichen Personals zu einem deutlichen Absinken der Sozialabgaben komme. Beim planmäßigen kulturfachlichen Personal steige die Lohnsumme um ca. 1,2 Mio € an, die Sozialabgaben verringerten sich hingegen um ca. 750 000 € Hierzu bitte er um eine Erklärung.

Michael Braun (CDU) fragt, ob die seinerzeit von Herrn Dr. Mussbach vorgebrachte Kritik, wonach die zusätzlichen Mittel nicht für die Oper selbst, sondern im Wesentlichen für die Staatskapelle verausgabt würden, angesichts der vorliegenden Zahlen als zutreffend anzusehen sei.

Stefan Rosinski (Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin) erklärt, dass die Opern hinsichtlich der Leistungszahlen vorsichtig agierten, nachdem sie sich in den letzten Jahren sehr um eine Erhöhung der Umsätze und der Vorstellungszahlen bemüht hätten. Die Ziele blieben jedoch ehrgeizig; beispielsweise strebe die Deutsche Oper für 2010 einen Anstieg der Umsätze aus Ticketverkäufen auf 4,7 Mio € an. Die Opern hätten auch den Anspruch, aufgrund der zusätzlichen Mittel dem Publikum mehr zu bieten. Die Deutsche Oper werde jährlich 19 große Opernveranstaltungen mehr anbieten; dies erkläre auch Mehrkosten im Gästestat. Die Komische Oper werde jährlich eine Premiere mehr bringen. Die Staatsoper habe ihre bisherigen Leistungszahlen fortgeschrieben; wegen des ehrgeizigen Umsatzziels von über 10 Mio € seien aber Änderungen bei den Vorstellungszahlen zu erwarten.

Die Staatsoper habe bewusst Schwerpunkte bei der Verteilung der zusätzlichen 9,4 Mio € gesetzt. Alle Betriebe müssten allerdings mit den zusätzlichen Mitteln zunächst einmal das jeweilige Strukturdefizit ausgleichen: Deutsche Oper 2,5 Mio € Staatsoper 4 Mio € und Komische Oper über 800 000 € – Diese Mittel dienten also lediglich dem Ausgleich eines Fehlbetrags und könnten nicht zu zusätzlichen Leistungen führen.

Zu den Gemeinkosten: Bei Gründung der Opernstiftung und der zentralen Dienste habe man bestimmte Kosten, die die Werkstätten innerhalb der Betriebe erzeugten, herausgenommen und budgetär neu zuordnet. Beispielsweise habe man den Energieverbrauch der Werkstätten der Deutschen Oper mit einem Betrag X in den Ansatz des Bühnenservice übernommen – bei entsprechender Verringerung der Kosten auf Seiten der Deutschen Oper. Allerdings habe niemand gewusst, wie hoch der Energieverbrauch in den Werkstätten der Deutschen Oper tatsächlich sei, weil man die Werkstätten in dieser Hinsicht nicht als kostentechnisch gesonderten Bereich erfasst habe.

Auch die Staatsoper habe diese Bereiche – trotz ihrer räumlichen Trennung – nicht immer kostentechnisch getrennt erfasst. Insofern habe die Kostenreduktion bei den Gemeinkosten vor allem auf Vermutungen beruht; im Zusammenhang mit der Absenkung der Haushaltssmittel sei unter Umständen auch etwas zu optimistisch geplant worden, um die vorgegebenen Ziele abzubilden. Die anderen Häuser hätten hierbei vorsichtiger kalkuliert und insofern keinen Korrekturbedarf.

Zur Personalpolitik: Der Gästeetat der Staatsoper sei nachhaltig erhöht worden – um ca. 500 000 € Alle drei Opernhäuser ordneten ihre Mittel stärker in freie Budgets und weniger in gebundene, um relativ wenig fixe Personalkosten zu haben. Man arbeite also mit einem relativ reduzierten Stammpersonal, um ad hoc Personal hinzuzuengagieren. In den Stabsstellen und in den planenden und dispositiven Stellen haben man allerdings einen Stellenaufbau vorgenommen, um diese Organisation herstellen zu können.

Mit dem Ende des Anwendungstarifvertrags im Jahr 2010 müssten alle Häuser mit erheblichen Mehrkosten beim Personal rechnen. Für die nichtkünstlerischen Bereiche der Opernstiftung fielen Mehrkosten in Höhe von 2,6 Mio € an, wenn der Anwendungstarifvertrag in den alten BMTG/BAT zurückfalle. Man habe die Planungen für 2008 und 2009 so angelegt, dass im Jahr 2010 entsprechende Mittel vorhanden bzw. durch Verzicht in Budgetansätzen freizumachen wären – z. B. Gästeetat, Sonderzahlungen an Kollektive, zu kündigende Dienstvereinbarungen –, um auf die Tarifergebnisse reagieren zu können.

In der Staatsoper habe es Auseinandersetzungen darüber gegeben, inwiefern für die Zeit im Schiller-Theater eine Vorsorge durch Bildung einer Rücklage zu treffen sei. Für die Gesamtzeit von 2010 bis 2013 rechne man mit Umsatzausfällen in der Größenordnung von 11,4 Mio € Konkret sei es darum gegangen, ob man in 2008 und 2009 die Rücklagen der Staatsoper so erhöhen solle, dass diese Umsatzausfälle dann daraus zu finanzieren wären. Dafür hätten noch ca. 4 Mio € angespart werden müssen.

Nach Abzug des Defizitausgleichs, der Tarifvorsorge und dieser Rücklageneinspeisung wären von den 9,4 Mio nur noch 3 Mio € übrig geblieben, um die Budgets für 2008 und 2009 anzuheben. Davon hätten das Orchester insgesamt 1,5 Mio € und der Intendant für seinen Ausstattungsetat 1 Mio € beansprucht – neben anderen Erfordernissen –, sodass letztlich 1 Mio € gefehlt habe.

Man habe nun für 2008 und 2009 die Lösung gefunden, den Ausstattungsetat weitestgehend zu bedienen. Die Aufwüchse beim Orchester, beim Ausstattungsetat und beim Gästeetat seien ein wenig reduziert worden, und auf Anregung des Regierenden Bürgermeisters werde die Rücklageneinspeisung nicht komplett in 2008 und 2009, sondern mit einem kleineren Teil auch in 2010, 2011 und 2012 vorgenommen. Im Schiller-Theater fielen bestimmte Kosten nicht in dem Maß an wie bisher in der Staatsoper. Es seien weniger Premieren möglich, und die Ausstattungen würden kleiner sein, sodass wohl 200 000 bis 250 000 € pro Jahr in die Rücklagen eingeführt bzw. die Einnahmeausfälle entsprechend kompensiert werden könnten.

Zum Anstieg der Personalkosten bei gleichzeitigem Absinken der Sozialabgaben im planmäßigen Bereich könne er gegenwärtig keine Erklärung geben. Er werde dies genauer recherchieren und das Ergebnis schriftlich nachreichen.

Vorsitzende Alice Ströver nimmt für ihre Fraktion Stellung. – Wann werde der Jahresabschluss für 2007 vorliegen? Wo seien die Abfindungsleistungen für den Intendanten und gegebenenfalls den geschäftsführenden Direktor der Staatsoper bzw. die Mehrkosten für den kommissarischen Intendanten im Wirtschaftsplan aufgeführt? – Nach dem Hinweis von **Staatssekretär André Schmitz** (Skzl-Kult), das sei unter den Personalkosten enthalten, bittet sie um eine genauere Angabe.

Während die Feuilletons die erfolgreiche Arbeit von Herrn Homoki an der Komischen Oper lobten, könne sie dies im Blick auf die Zahlenwerke nicht nachvollziehen. Der vorläufige Jahresabschluss weise im Ist 2007 eine Auslastungssteigerung bei den bezahlten Plätzen um lediglich 0,2 Prozent aus – Auslastung: 63,6 Prozent –; auch bei den Einnahmen sei nur eine minimale Steigerung zu verzeichnen. Ergäben neuere Zahlen ein anderes Bild? Welches Ergebnis liege für das 1. Halbjahr 2008 vor?

Oliver Schruoffeneger (Grüne) hebt hinsichtlich der Stabsstellen hervor, dass im Bereich Operndirektion ein Zuwachs um 27 Prozent – von 26 auf 33 Stellen –, im Bereich Spielbetrieb ein Zuwachs um 60 Prozent – von 8 auf 13 Stellen – und im Bereich Technik ein Zuwachs um 110 Prozent – von 8 auf 17 Stellen – zu verzeichnen sei. Wie sei dieser starke Anstieg zu erklären, während z. B. Stellen im Orchester immer noch gesperrt seien? Warum baue man einen so großen Technikstab auf, obwohl man in Kürze ein anderes und kleineres Haus bespiele, an dem bereits Techniker vorhanden und übernommen würden?

Stefan Rosinski (Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin) teilt mit, der Jahresabschluss für 2007 sei fertig, aber noch nicht offiziell testiert. In der nächsten Stiftungsratssitzung könne er verabschiedet werden.

Die Komische Oper sei auskömmlich finanziert; es gebe keine Risiken oder Nöte. Das Personal sei ausreichend besetzt, und auch das Einnahmesoll sei eingehalten. Die Premierenfolge der Komische Oper im ersten Halbjahr 2008 – mit Ausnahme von „Kiss me, Kate“ – habe nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Auslastung liege aktuell unter 60 Prozent, doch gehe er davon aus, dass es angesichts der erhöhten Ticketpreise zu keinen Einnahmeverlusten kommen. Er hoffe allerdings, dass sich die Situation im 2. Halbjahr deutlich verbessere.

Zum Stellenplan: Im technischen Leitungsstab seien neue Positionen in Vorbereitung auf den Umzug und die Zeit im Schiller-Theater besetzt worden. Zwei Ingenieure befassten sich ausschließlich mit einer Bestands erfassung und der Planung für die Zeit im Schiller-Theater. Man bringe auch viele technische Teile aus der Staatsoper in das Schiller-Theater ein, was die Deckelung des Budgets bei 20 Mio € erlaube. – Um einen Mindestumsatz zu halten, müsse man das Schiller-Theater in einem Drei-Schicht-System – einschließlich einer Nachschicht – betreiben. Die zusätzliche Schicht mit 12 Bühnentechnikern baue man bereits jetzt nach und nach auf.

Für den Spielbetrieb seien ein Produktionsleiter, ein Produktionsassistent, ein zusätzlicher Chefdisponent – da Ronny Adler durch die Intendantengeschäfte gebunden sei – und ein zusätzlicher Regieassistent eingestellt worden. Die Einstellung eines Produktionsleiters und -assistenten sei sinnvoll: Das Haus habe zu hohe Ausstattungskosten und zu viele Verwerfungen im Bereich Kommunikation, die mit diesem Personaleinsatz mittelfristig reduziert werden könnten.

Die weiteren Einstellungen beträfen im Wesentlichen die Orchesterdirektion. Es würden keine neuen Musiker eingestellt, sondern die Orchesterleitung baue eine Führungsspitze aus Orchesterdirektor, Orchesterinspektor, Konzertdramaturg, Notenbibliothekar und Sekretärinnen auf, die vor allem auch zur Organisation des Konzertbetriebs eingesetzt werden sollten.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) erklärt, hinsichtlich der Abfindungen bzw. auf konkrete Personen bezogene Personalkosten könne er an dieser Stelle keine Details angeben. Die betreffenden Kosten seien im Rahmen der Personalkosten, die grundsätzlich für die Staatsoper angegeben seien, zu finden. Es komme zu keinen Mehrausgaben. Wenn die Staatsoper dem kommissarischen Intendanten mehr zahlen wolle, müsse sie das im Rahmen der ihr zustehenden Personalkosten leisten. – Herr Vierthaler habe keine Abfindung erhalten.

Im Schiller-Theater arbeiteten bis zum Ende des Jahres 2008 noch drei Mitarbeiter aus dem ZeP; danach sei dort keine Technikerstelle mehr vorhanden.

Oliver Schruoffeneger (Grüne) hebt hervor, dass Abfindungen wohl nicht aus den Personalkosten für die planmäßigen Angestellten finanziert würden. Insofern bleibe die Frage offen, wo die Abfindung für den Intendanten etabliert sei. – Einerseits übernehme der bisherige Disponent für eine befristete Zeit die Aufgaben eines kommissarischen Intendanten, andererseits werde zum Ersatz offenbar dauerhaft eine zusätzliche neue Disponentenstelle im Stellenplan eingerichtet. Hierzu bitte er um eine Erläuterung.

Michael Braun (CDU) fragt, ob die jetzige Verteilung der zusätzlichen ca. 10 Mio € an der Staatsoper der Vereinbarung mit dem Bund entspreche, der sicherlich davon ausgegangen sei, dass diese Summe dem künstlerischen Bereich zugute komme, sodass am Ende auch der Opernbesucher etwas davon habe.

Vorsitzende Alice Ströver nimmt für ihre Fraktion Stellung. – Auch die anderen Opern erhielten zusätzliche Mittel, aber dennoch werde noch nicht einmal die Zahl von insgesamt 28 Premieren im Jahr 2006 erreicht: Nach der Planung für 2009 seien 26 Premieren und genauso viele Aufführungen wie im Jahr 2006 vorgesehen. – Zur Staatskapelle: Wo finde sich die Stelle von Frau H. wieder?

Stefan Rosinski (Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin) erklärt hinsichtlich der Disponentenstelle, dass es sich dabei um einen künstlerischen Tarifvertrag handele, der stets mit der Frist von einem Jahr zu kündigen sei. Insofern könne man auf Veränderungen mit einer entsprechenden Vorfrist reagieren.

Nach Abzug von 4 Mio € Defizitausgleich, 1,5 Mio € Rücklage für das Schiller-Theater und 1 Mio € Tarifvorsorge bleibe von den 9,4 Mio € für die Staatsoper nur noch ein Spielraum von 3 Mio €. Auch die Erhöhung des Ausstattungsetats um 850 000 € sei im Grunde eine nachträgliche Korrektur gegenüber den Kürzungen des Opernstrukturkonzepts, um den Status quo zu sichern. Die restlichen 2,2 Mio € seien im Wesentlichen auf die Technik – mit Blick auf den Wechsel in das Schiller-Theater – und das Orchester verteilt worden. Die betreffenden Auseinandersetzungen seien bekannt; es sei ein Schwerpunkt in Richtung Orchester gesetzt worden.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) schließt sich der Darstellung des Vorredners an. Mit den seinerzeit beschlossenen Absenkungsraten wären die Opern – bei Aufrechterhaltung des internationalen Anspruchs – am Ende des betreffenden Zeitraums handlungsunfähig geworden. Mit den zusätzlichen Mitteln seien sie nun wieder handlungsfähig. – Die Erhöhungen im Bereich der Ausstattung, des Gästeetats und des Orchesters kämen dem künstlerischen Erscheinungsbild der Häuser und damit den Zuschauern zugute. – Die Staatskapelle sei das große Aushängeschild der Staatsoper, bringe viel für das Renommee der Stadt, sei oft auf Gastspielreisen und erzièle hohe Einnahmen. Insofern seien die betreffenden Mittel gut investiert. – Es gebe keinen Sondertitel für Abfindungen; falls Abfindungen gezahlt würden, befänden sich die Mittel im allgemeinen Personalaletat der Häuser.

Vorsitzende Alice Ströver merkt an, dass der Entwurf des Wirtschaftsplans auf der Grundlage der weiteren Absenkung entstanden sei. – Zu den beiden Vorlagen des Hauptausschusses – Tagesordnungspunkt 4 a) und 4 b) – bestehe Einvernehmen, dem Hauptausschuss die Kenntnisnahme zu empfehlen. Zudem bestehe Einvernehmen, Tagesordnungspunkt 4 c) zu vertagen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drs 16/0093 – und des Grünen-Antrags – Drs 16/0663 – zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion der FDP

[0092](#)

Nach dem Verkauf des „Kudamm-Karrees“: Neue Chance
für den Erhalt der „Kudamm-Bühnen“ nutzen
Drs 16/0878

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[0113](#)

Die Zukunft für die Kudammbühnen heißt
Denkmalschutz für die Theater
Drs 16/1094

Volker Thiel (FDP) erklärt, er verzichte auf eine weitere Begründung, denn der FDP-Antrag spreche für sich selbst.

Vorsitzende Alice Ströver nimmt für ihre Fraktion Stellung. – Mit dem heutigen Tag ende für die „Komödie am Kurfürstendamm“ – eine der beiden „Kudamm-Bühnen“ – der Mietvertrag. Der Senat habe den „Kudamm-Bühnen“ zwar bereits an manchen Stellen geholfen, doch nun sei es unbedingt erforderlich, gemeinsam mit dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf alle Maßnahmen für die Eintragung dieser beiden Theater in die Denkmalliste des Landes Berlin zu ergreifen. Mehrere Gutachten hätten eindeutig nachgewiesen, dass aus allgemein historischer und bauhistorischer Sicht eine Denkmalwürdigkeit vorliege.

Die Gespräche mit der Ballymore Properties Ltd, dem neuen Besitzer des „Kudamm-Karrees“, über eine Zukunft der beiden Theater fänden auf einer sehr unsicheren Grundlage statt. Insofern wäre es sehr hilfreich,

wenn die beiden Theater unter Denkmalschutz gestellt würden. Der Senat könnte dann stärker in die Offensive gehen, um in die Verhandlungen zwischen der Familie Woelffer als den Betreibern der „Kudamm-Bühnen“ und der Ballymore Properties Ltd. vermittelnd einzutreten.

Im Jahr 1990 habe der Senat entschieden, die beiden Theater zu sichern, aber diese Sicherung sei vorfristig verkauft worden. Der rot-rote Senat habe von dem Verkauf profitiert, und insofern sei in gewisser Weise eine Art von Wiedergutmachung vonnöten, um diesen Theatern eine Zukunft an diesem Ort zu erhalten.

Michael Braun (CDU) erklärt, der FDP-Antrag fordere eine Selbstverständlichkeit. Der Senat habe sicherlich ein hohes Interesse, die Kultureinrichtungen der Stadt zu erhalten, sodass man davon ausgehen könne, dass er in dieser Sache Gespräche mit Ballymore Properties Ltd. aufnehme. Der Regierende Bürgermeister habe sich bereits ausdrücklich für den Erhalt einer der beiden Bühnen eingesetzt und werde diesen Einsatz – nach einem entsprechenden „Schubs“ – möglicherweise auf die zweite „Kudamm-Bühne“ ausdehnen.

Die Unter-Denkmalsschutz-Stellung sei die einzige verbliebene Möglichkeit für die öffentliche Hand, um ihr Interesse am Erhalt der beiden Theater deutlich zu machen. Ohne Denkmalschutz werde sicherlich eines der beiden Theater schließen müssen. Dies entspreche im Übrigen der Entwicklung bei der „Tribüne“, wo auch nichts weiter geschehe und das Ende dann mit einem Ausdruck des Bedauerns hingenommen werde.

Brigitte Lange (SPD) weist darauf hin, dass der Landesdenkmalrat bei diesen beiden Theatern die Voraussetzungen für eine Unter-Denkmalsschutz-Stellung nach dem Denkmalschutzgesetz als nicht erfüllt ansehe, weil die Bauten mehrfach modernisiert und überformt worden seien. In Berlin ständen insgesamt 15 Bauten von Oskar Kaufmann – u. a. die Volksbühne und das Hebbel-Theater. Man sollte sich nun nach diesem Fachvotum richten. Den beiden „Kudamm-Bühnen“ sage sie für ihre Fraktion jede Solidarität und jede Unterstützung zu, allerdings könne man den Denkmalschutz nicht beliebig vergeben.

Vorsitzende Alice Ströver nimmt für ihre Fraktion Stellung. – Der Landesdenkmalrat habe vor seinem Gutachten das Gebäude nicht selbst besucht, sondern es lediglich aufgrund eines Votums von Dr. Haspel abgegeben. Anschließend habe der Landesdenkmalrat das Gebäude besucht und sein Urteil revidiert. – Für den Denkmalschutz seien nicht ausschließlich bauliche Kriterien von Belang, sondern auch die geschichtliche Bedeutung eines Gebäudes könne ausreichen, um es unter Denkmalschutz zu stellen. Diese beiden Theater seien die einzigen, die im Auftrag von Max Reinhardt gebaut und von ihm bespielt worden seien. Die Nutzungsgeschichte biete Grund genug für eine Unter-Denkmalsschutz-Stellung.

Sie verweise auch auf das einstimmige Votum des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Art, wie nun die SPD-Fraktion mit der Zukunft von Bühnen umgehe, die ohne öffentliche Förderung auskämen, sei übel und fahrlässig. Auch die Unter-Denkmalsschutz-Stellung gehöre zu den jetzigen Möglichkeiten. Sie habe Akteneinsicht genommen und sei dort auf einige Unverschämtheiten gestoßen. Beispielsweise habe das Landesdenkmalamt vorgeschlagen, das, was noch gebrauchsfähig sei – etwa das Treppenhaus –, der Stiftung Stadtmuseum zu geben.

Herr Dr. Haspel habe sich mit seinem Votum „völlig verannt“ und es dem Landesdenkmalrat „aufgekrochen“. Dieser sei „dumm genug“ gewesen, es zunächst anzunehmen. Das Parlament sollte diesem Votum nicht folgen und z. B. auch die anderen Papiere und Gutachten oder die Veröffentlichungen von Dietrich Worbs oder Antje Hansen berücksichtigen. Im Landesarchiv sei übrigens für beide Theater die Eintragung als Charlottenburger Baudenkmal zu finden – aus der Zeit vor der neuen Denkmalliste.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) verweist auf die Möglichkeit, dass die Bemühungen nicht ausreichten und es zu einem Abriss der Theater komme. Ein solches Szenario – Bagger am Kurfürstendamm, Abriss einer Max-Reinhardt-Bühne – werde mit Recht die Weltpresse interessieren und Berlin schaden. Einen solch „fahrlässigen und scheußlichen“ Umgang mit der Baugeschichte Berlins dürfe man nicht zulassen. Nicht nur um preußische Schlösser, sondern auch um die Architektur der 20er Jahre müsse man sich kümmern. Er appelliere an Staatssekretär Schmitz, dem er in dieser Hinsicht einiges zutraue, das geschilderte Szenario zu vermeiden.

Brigitte Lange (SPD) stellt fest, der Vorredner habe erklärtermaßen ein Horrorszenario entworfen, das aber von der vorliegenden Frage nach dem Denkmalschutz zu trennen sei. Sie könne auch nicht beurteilen, was in Herrn Dr. Haspel vorgehe, sondern müsse sich an die vorliegenden Fakten halten. Man werde nicht fahrlässig mit den beiden Theatern umgehen, sondern sie erhielten auch künftig seitens ihrer Fraktion jede Solidarität und jede Unterstützung.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) hebt hervor, dass man letztlich in dem Bemühen, die beiden Theater zu erhalten, nicht weit auseinanderliege. Der Senat und er persönlich hätten sich stets für den Erhalt dieser beiden Bühnen an diesem Standort ausgesprochen. Er stehe in engem Kontakt mit dem irischen Investor und der Theaterleitung der „Kudamm-Bühnen“. Es handle sich um ein privates Theater, und deshalb würden die Verhandlungen von der Familie Woelffer geführt. Die Verhandlungen seien noch im Gang.

Er habe versucht, dem irischen Investor zu verdeutlichen, dass man in Berlin um den Erhalt beider Theater an diesem Standort kämpfe und hoffe, dass sie in dessen Konzept für eine Neugestaltung entsprechend aufgenommen würden. Sie seien die einzigen noch vorhandenen Theater, die auf Max Reinhardt zurückzuführen seien. Nicht als Staatssekretär der Kulturverwaltung, die für den Denkmalschutz nicht zuständig sei, sondern als interessierter Laie merke er an, dass er sich das Votum der Denkmalpflege nicht erklären könne.

Vorsitzende Alice Ströver weist darauf hin, dass im Grünen-Antrag – Drs 16/1094 – das Berichtsdatum von „31. Mai 2008“ in „31. Dezember 2008“ abzuändern sei.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drs 16/0878 – und des so abgeänderten Grünen-Antrags – Drs 16/1094 – zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kreative Theaterformen optimal fördern!
Drs 16/1486

[0139](#)

Vorsitzende Alice Ströver nimmt für ihre Fraktion Stellung. – Der Grünen-Antrag – Drs 16/1486 – fordere, dass der Senat bei der anstehenden Neukonzeption der Allgemeinen Anweisung zur Förderung von privatrechtlich organisierten Theatern und Theater-/Tanzgruppen folgende Strukturreformen einleiten solle: Die Förderperioden sollten in der Basisförderung auf drei Jahre und in der Konzeptförderung auf fünf Jahre verlängert werden, um mehr Planungssicherheit zu erreichen.

Für Basis-, Projekt- und Konzeptförderung solle eine gemeinsame Jury verantwortlich sein, um die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Förderungen zu sichern. Das Verfahren solle auf bisher institutionell geförderte Privattheater ausgedehnt werden. Als neue Kategorien sollten eine Einstiegsförderung und eine Wiederaufnahmeförderung eingeführt werden. Die Kinder- und Jugendtheater sollten unter einem eigenen, neu zu schaffenden Haushaltstitel zusammengefasst werden.

Der Senat solle nur solche Anträge auf Förderung entgegennehmen, die eine angemessene Vergütung aller an der Produktion Beteiligten vorsähen, und in allen kulturellen Förderrichtlinien die Einhaltung einer Mindestsumme für künstlerische Honorare festschreiben. Zudem solle das Abrechnungsverfahren vereinfacht werden.

Dr. Annette Fugmann-Heesing (SPD) erinnert daran, dass man konsensual zu einer Fortentwicklung der Allgemeinen Anweisung kommen wolle und hierbei schon große Einigkeit erzielt habe. Insofern sei ihr unverständlich, warum man nun über den Grünen-Antrag abstimmen solle. Dieser Antrag enthalte auch Forderungen, zu denen kein Konsens bestehe. Beispielsweise sollte es bei der vierjährigen Förderperiode für die Konzeptförderung bleiben, weil eine fünfjährige Förderperiode Schwierigkeiten mit sich bringe. Hierzu bitte sie um eine Erläuterung seitens Skzl-Kult. Werde Skzl-Kult die gemeinsam formulierten Zielvorstellungen aufnehmen?

Vorsitzende Alice Ströver weist darauf hin, dass der Grünen-Antrag bereits vor den Gesprächen über eine konsensuale Lösung vorgelegen habe.

Barbara Esser (Skzl-Kult) berichtet, im Ergebnis der gemeinsamen Besprechung mit den Abgeordneten des Kulturausschusses habe man die dort konsensual gefundenen Übereinstimmungen aufgenommen und in die neue Allgemeine Anweisung eingearbeitet. Diese liege derzeit bei SenFin zur Mitzeichnung. Zu den aufgenommenen Punkten zähle z. B. die Einstiegsförderung und die Wiederaufnahmeförderung.

Die Förderzeiträume habe man nicht verändert, denn das bisherige Förderkonzept habe bewusst eine bestimmte Taktung zwischen Basis- und Konzeptförderung vorgenommen: Mit dem zwei- und vierjährigen Zeitraum sei immer nach Abschluss eines Förderzeitraums ein Auf- oder Abstieg in eine andere Förderform möglich. Dies sei bei drei- und fünfjährigen Förderperioden nicht gewährleistet.

Zur Jury: Es werde eine enge Zusammenarbeit zwischen Sachverständigen und der Jury für freie Gruppen geben. Dass es nicht zur Einrichtung einer gemeinsamen Jury komme, hänge damit zusammen, dass das Feld der kleinen und mittleren Privattheater von den Experten der freien Szene nicht immer in Gänze über den langen Zeitraum hin beobachtet werde, weil sie einen anderen Schwerpunkt hätten. Insofern müsse man verschiedene Perspektiven zusammenführen, um ein angemessenes Urteil zu erhalten.

Thomas Birk (Grüne) fragt, warum für Kinder- und Jugendtheater kein eigener Haushaltstitel eingerichtet werde.

Barbara Esser (Skzl-Kult) teilt mit, dass man diese Möglichkeit intensiv erörtert, aber dann abgelehnt habe, weil dieses Förderinstrument – entsprechend der ursprünglichen Intention – flexibel bleiben solle. Eine Quotierung nach Sparten würde z. B. dazu führen, dass man im nächsten Jahr nicht wie vorgesehen in der Basisförderung dem Bereich Puppentheater mehr Mittel zur Verfügung stellen könnte.

Michael Braun (CDU) erinnert daran, dass man auch erörtert habe, das Renaissance-Theater mit einem eigenen Haushaltstitel zu versehen. Sei damit zu rechnen, oder sei dies abgelehnt worden?

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) erklärt, darüber denke man nach. Er könne eine wohlwollende Prüfung zusagen; es gebe viele Gründe, die dafür sprächen, doch habe man diese Frage noch nicht abschließend entschieden. Gegebenenfalls wäre dies auch erst in den nächsten Haushaltsberatungen festzuschreiben.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Grünen-Antrags – Drs 16/1486 – zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke [0133](#)
Erhalt und Bewahrung der Werke architekturbbezogener Kunst
an und in den Gebäuden und in den Freianlagen der
Bucher Klinikstandorte
Drs 16/1363

Torsten Hilse (SPD) erklärt, der Bucher Klinikstandort enthalte viele Kunstwerke aus unterschiedlichen Zeiten. Der Senat solle sich einen Überblick verschaffen, was dort im Einzelnen vorhanden, beschädigt oder abhanden gekommen sei. – Der Antrag der Koalitionsfraktionen setze leider keinen Termin für einen Bericht. Deshalb solle dem Antrag der folgenden Satz 4 angefügt werden: „Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. 10. 2008 zu berichten.“

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) verweist auf die vorliegende Stellungnahme des Senats vom 16. 6. 08.

Vorsitzende Alice Ströver stellt fest, diese liege dem Ausschuss nicht vor.

Torsten Hilse (SPD) merkt an, er habe zu diesem Thema eine Anfrage an den Senat gerichtet und eine höchst unbefriedigende Antwort erhalten. Deshalb folge dieser Antrag.

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) trägt den Inhalt der angeführten schriftlichen Stellungnahme vor. Demnach habe man sich bereits mit dem Kulturamt Pankow in Verbindung gesetzt. Dieses habe die einzelnen Gebäude des Klinikkomplexes in Buch analysiert. Teile dieses Standortes seien verkauft, und weitere Teile ständen beim Liegenschaftsfonds zum Verkauf an. Das Kulturamt Pankow habe die Fälle geprüft und bisher keinen Verlust herausragender Kunstwerke festgestellt. Es habe zugesichert, sich für den Fall, dass dies künftig festgestellt werden sollte oder ein Wechsel von Besitzern Anlass zu Besorgnis gebe, sofort mit der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und mit der Kulturverwaltung zur Einzelfallregelung in Verbindung zu setzen. Ansonsten wünsche der Bezirk, dass er auch weiterhin dafür zuständig bleibe. – Nach eigenen Recherchen gebe es also bisher keine Verluste und keine Gefahr.

Torsten Hilse (SPD) betont, dass er sich vor Ort selbst kundig gemacht habe und die Darstellung des Kulturamts Pankow nicht bestätigen könne. Auf diesem Gelände bestehe seit Jahren Leerstand, der üblicherweise mit Vandalismus einhergehe.

Oliver Schruoffeneger (Grüne) schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis allen die Stellungnahme vorliege. Der Bezirk Pankow sehe hier offenkundig kein Problem.

Wolfgang Brauer (Linksfraktion) entgegnet, mit dem vorliegenden Antrag wende man sich an den Senat, und darüber sei abzustimmen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen – Drs 16/1363 – in der geänderten Fassung – Ergänzung von Satz 4 – zu empfehlen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin
Drs 16/0940

[0102](#)

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) berichtet, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und das Landesdenkmalamt Berlin untersuchten derzeit den Denkmalsockel auf seine Nutzbarkeit für den vorgesehenen Ort der Information und prüften, welche Sanierungsmaßnahmen erforderlich seien. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung werde demnächst – derzeit gehe man vom Herbst 2008 aus – einen zweistufigen Wettbewerb ausrufen, sodass man im nächsten Jahr wisse, wie das Freiheits- und Einheitsdenkmal aussehen könnte. Zum Jubiläum des Mauerfalls sei eine förmliche Grundsteinlegung vorgesehen. Die Kosten würden auf ca. 4 Mio € geschätzt und vollständig vom Bund getragen.

Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion) hebt hervor, dass das Datum der Grundsteinlegung bereits feststehe, obwohl die Resultate der Untersuchung des Sockels noch nicht vorlägen. Handele es sich dabei um einen protokollarisch-symbolischen Akt?

Staatssekretär André Schmitz (Skzl-Kult) stellt klar, dass er lediglich die momentane Planung dargestellt habe, die selbstverständlich unter allen möglichen Vorbehalten stehe.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drs 16/0940 – zu empfehlen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

· · · · ·